

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/200308]

**23. DEZEMBER 2020 — Erlass der Regierung zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise  
im Bereich der Kinderbetreuung (III)**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 12 Absatz 2;

Aufgrund des Erlasses der Regierung Nr. 4 vom 30. April 2020 zur Einführung einer Zuschussgarantie und einer Liquiditätssteigerung für Zuschussempfänger in Ausführung von Artikel 5.1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020, Artikel 1 § 4;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 9. April 2020 zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich der Kinderbetreuung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 16. Dezember 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 17. Dezember 2020;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass aktuell ein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht, um die finanziellen Folgen der von der Föderalbehörde beschlossenen Dringlichkeitsmaßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) sowie die der stark erhöhten Anzahl von Kindern und Familien, die sich in einer angeordneten Quarantäne befinden, für die Kinderbetreuungsstrukturen und die selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter so schnell wie möglich einzugrenzen; dass diese Maßnahmen zu einem deutlichen Rückgang der Anwesenheit der Kinder führen, mit der Folge, dass den Betreuungsstrukturen Einnahmen aus den Kostenbeteiligungen entgehen oder weniger Zuschüsse erbracht werden, was erhebliche Auswirkungen auf den finanziell abgesicherten Fortbestand dieser Strukturen haben kann, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des für die Kinderbetreuung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

*KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen*

**Artikel 1** - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Corona-Maßnahmen: die durch die Föderalbehörde beschlossenen Dringlichkeitsmaßnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) einzudämmen;
2. Fachbereich: der für Familie zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Minister: der für die Kinderbetreuung zuständige Minister.

*KAPITEL 2 — Einkommensausfallentschädigung*

**Art. 2** - § 1 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten Tagesmütterdienste eine Einkommensausfallentschädigung, die für die dem Dienst angeschlossenen konventionierten Tagesmütter/-väter bestimmt ist.

Die Einkommensausfallentschädigung beträgt für jede(n) konventionierte(n) Tagesmutter/-vater höchstens 17,50 Euro pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag von mindestens fünf Stunden. Die Tagesmütter/-väter erhalten:

- 60 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als fünf Stunden und mindestens drei Stunden;
- 40 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als drei Stunden.

Die in Absatz 2 festgelegte Einkommensausfallentschädigung wird den konventionierten Tagesmüttern/-vätern nicht gezahlt, wenn sie ihre Tätigkeit freiwillig oder aufgrund einer ärztlichen Krankschreibung einstellen, ausgenommen der Periode einer verordneten Quarantäne.

§ 2 - Zum Erhalt der in § 1 festgelegten Entschädigung halten die Tagesmütterdienste alle Tagesmütter/-väter in Bereitschaft und beanspruchen kein System, bei dem sie die Tagesmütter/-väter während des Zeitraums, in dem die Corona-Maßnahmen gelten, vorübergehend nicht entschädigen müssen.

Diese Bedingung gilt nicht, wenn der Tagesmütterdienst nachweisen kann, dass die Kinderbetreuung bei der/dem konventionierten Tagesmutter/-vater aufgrund höherer Gewalt nicht fortgesetzt werden kann.

§ 3 - Mit dem Antrag auf Erhalt der in § 1 erwähnten Einkommensausfallentschädigung stellt der Tagesmütterdienst den Erziehungsberechtigten die vertraglich vereinbarte Kostenbeteiligung für die entsprechende Periode nicht in Rechnung. Wurde die Kostenbeteiligung dennoch durch die Erziehungsberechtigten gezahlt, erstattet der Tagesmütterdienst den Erziehungsberechtigten den gezahlten Betrag zurück.

**Art. 3** - § 1 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten selbstständigen Tagesmütter/-väter, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, eine Einkommensausfallentschädigung in Höhe von höchstens 19 Euro pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag von mindestens fünf Stunden. Die Tagesmütter/-väter erhalten:

- 60 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als fünf Stunden und mindestens drei Stunden;
- 40 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als drei Stunden.

Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen desselben Erlasses erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten selbstständigen Tagesmütter/-väter, die diese Tätigkeit hauptberuflich ausüben und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, eine Einkommensausfallentschädigung in Höhe von 80 % der vertraglich festgelegten Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag.

§ 2 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen desselben Erlasses erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, eine Einkommensausfallentschädigung in Höhe von höchstens 19 Euro pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag von mindestens fünf Stunden. Die Co-Tagesmütter/-väter erhalten:

- 60 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als fünf Stunden und mindestens drei Stunden;
- 40 % dieses Betrags für Betreuungstage von weniger als drei Stunden.

Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen desselben Erlasses erhalten die gemäß demselben Erlass anerkannten selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, die diese Tätigkeit hauptberuflich ausüben und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, eine Einkommensausfallentschädigung in Höhe von 90 % der vertraglich festgelegten Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten pro Tag pro Kind pro Tag der Abwesenheit an einem reservierten Betreuungstag.

§ 3 - Die in §§ 1 und 2 festgelegte Einkommensausfallentschädigung wird den selbstständigen (Co-)Tagesmüttern/-vätern nicht gezahlt, wenn sie ihre Tätigkeit freiwillig oder aufgrund einer ärztlichen Krankenschreibung einstellen, ausgenommen der Periode einer verordneten Quarantäne.

§ 4 - Zum Erhalt der in § 1 und 2 festgelegten Entschädigung halten die selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter ihre Dienstleistung aufrecht und beanspruchen kein System, bei dem sie ihre Dienstleistung einstellen müssen.

Diese Bedingung gilt nicht, wenn die/der selbstständige (Co-)Tagesmutter/-vater nachweisen kann, dass die Kinderbetreuung aufgrund höherer Gewalt nicht fortgesetzt werden kann.

§ 5 - Mit dem Antrag auf Erhalt der in § 1 und 2 erwähnten Einkommensausfallentschädigung stellen die selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter den Erziehungsberechtigten die vertraglich vereinbarte Kostenbeteiligung für die entsprechende Periode nicht in Rechnung. Wurde die Kostenbeteiligung dennoch durch die Erziehungsberechtigten gezahlt, erstattet die/der selbstständige (Co-)Tagesmutter/-vater den Erziehungsberechtigten den gezahlten Betrag zurück.

**Art. 4** - § 1 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen einer aufgrund von Artikel 202 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung genehmigten Konvention erhalten die im Rahmen einer solchen Konvention anerkannten Tagesmütterhäuser eine Entschädigung, die dem durch die Abwesenheit der Kinder an den reservierten Betreuungstagen bedingten tatsächlichen Einkommensausfall entspricht. Der Einkommensausfall wird berechnet auf Grundlage der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten, die das Tagesmütterhaus zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses vorsieht.

Die in Absatz 1 festgelegte Entschädigung wird dem Tagesmütterhaus nicht gezahlt, wenn der Träger seine Tätigkeit freiwillig einstellt, ausgenommen der Periode einer verordneten Quarantäne beziehungsweise Schließung.

§ 2 - Zum Erhalt der in § 1 festgelegten Entschädigung halten die Tagesmütterhäuser ihre Dienstleistung aufrecht und beanspruchen kein System, bei dem sie ihre Dienstleistung einstellen müssen.

Diese Bedingung gilt nicht, wenn der Träger nachweisen kann, dass die Kinderbetreuung aufgrund höherer Gewalt nicht fortgesetzt werden kann.

§ 3 - Mit dem Antrag auf Erhalt der in § 1 erwähnten Einkommensausfallentschädigung stellen die Tagesmütterhäuser den Erziehungsberechtigten die vertraglich vereinbarte Kostenbeteiligung für die entsprechende Periode nicht in Rechnung. Wurde die Kostenbeteiligung dennoch durch die Erziehungsberechtigten gezahlt, erstattet der Träger den Erziehungsberechtigten den gezahlten Betrag zurück.

**Art. 5** - Der Antrag für die in den Artikeln 2 bis 4 festgelegten Einkommensausfallentschädigungen wird spätestens sechs Monate nach Beendigung der Corona-Maßnahmen mit folgenden Angaben bei dem Fachbereich eingereicht:

1. die Identität und Kontonummer des Antragstellers;
2. die Anzahl und Dauer der Abwesenheitstage;
3. die vertraglich festgelegte Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für den Erhalt der in Artikel 3 § 1 Absatz 2 und § 2 Absatz 2 vorgesehenen Entschädigung;
4. die Höhe der durch die Anzahl abwesender Kinder entstandenen Mindereinnahmen für den Erhalt der in Artikel 4 § 1 Absatz 1 vorgesehenen Entschädigung.

Der Minister entscheidet über den Antrag auf Grundlage einer Stellungnahme des Fachbereichs.

#### KAPITEL 3 — *Verschiedene MaSSnahmeN*

**Art. 6** - Ungeachtet der Artikel 62, 88, 92, 110 und 115 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung setzen die Dienste der Kinderbetreuung die Kinderbetreuer sowie das sozial-pädagogische Fachpersonal entsprechend dem tatsächlichen Betreuungsbedarf ein.

Zur Unterstützung des Betreuungspersonals in den Kinderkrippen, in den Standorten der außerschulischen Betreuung sowie in der Ferienbetreuung können die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung Studenten im Rahmen eines Studentenvertrages unter Aufsicht des ausgebildeten Betreuungspersonals einstellen.

**Art. 7** - Die in den Artikeln 64, 89 und 111 desselben Erlasses erwähnten Mindestvorgaben zu den Öffnungszeiten und Arbeitstagen pro Kalenderjahr finden für die anerkannten Dienstleister der Kinderbetreuung keine Anwendung.

**Art. 8** - Für die Anwendung des Artikels 71 desselben Erlasses werden die aufgrund einer angeordneten Quarantäne abwesenden Kinder für die Berechnung der Mindestvorgabe der Betreuungstage für Kleinkinder sowie für die Berechnung der Mindestauslastung als anwesende Kinder berücksichtigt.

Für die Anwendung der Artikel 72 bis 74, 91 bis 93 und 116.1 desselben Erlasses werden die aufgrund einer angeordneten Quarantäne abwesenden Kinder, für die Berechnung der Betreuungstage gemäß dem im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsplan als anwesende Kinder berücksichtigt.

Für die Anwendung der Artikel 114 § 1 Nummer 2, 155 Absatz 4 sowie 193 desselben Erlasses werden die aufgrund einer angeordneten Quarantäne abwesenden Kinder für die Berechnung der durchschnittlichen Mindestanwesenheit als anwesende Kinder berücksichtigt.

**Art. 9** - Die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung erhalten die in Artikel 76 § 2 desselben Erlasses festgelegte Jahrespauschale und zahlen diese den konventionierten Tagesmüttern, wie in Artikel 137 desselben Erlasses vorgesehen, ungeachtet der Organisation und Teilnahme an den Weiterbildungen aus.

**Art. 10** - Ungeachtet der Artikel 81 § 1 und 98 desselben Erlasses wird die Reservierungsgebühr nicht einbehalten, wenn die Erziehungsberechtigten ihr Kind aufgrund der Corona-Maßnahmen oder weil ihr Kind sich in einer angeordneten Quarantäne befindet nicht entsprechend der Vereinbarung zur Betreuung bringen.

**Art. 11** - Ungeachtet der Artikel 85 und 98 desselben Erlasses werden die Tage, an denen ein Kind aufgrund einer angeordneten Quarantäne nicht betreut wurde, als Anwesenheit gemäß dem im Betreuungsvertrag vorgesehenen Betreuungsstundenplan berücksichtigt.

**Art. 12** - Ungeachtet des Artikels 117 desselben Erlasses übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft vollständig das eventuelle, durch die Corona-Maßnahmen bedingte Defizit der Standorte der außerschulischen Betreuung.

**Art. 13** - Für die Anwendung des Artikels 123 § 1 Nummer 3 desselben Erlasses werden die aufgrund einer angeordneten Quarantäne abwesenden Kinder für die Berechnung der Mindestauslastung der konventionierten Tagesmütter als anwesende Kinder berücksichtigt.

**Art. 14** - Ungeachtet des Artikels 159 desselben Erlasses gewährt die Deutschsprachige Gemeinschaft den anerkannten Zentren für Kinderbetreuung einen Zuschuss:

1. zum vollständigen Ausgleich des belegbaren und durch die Corona-Maßnahmen bedingten Einnahmeausfalls der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten im Tagesmütterdienst, in den Kinderkrippen sowie in den Standorten der außerschulischen Betreuung;

2. zum vollständigen Ausgleich des belegbaren und durch die Corona-Maßnahmen bedingten Einnahmeausfalls der Kostenbeteiligung der Gemeinden im Tagesmütterdienst und in den Kinderkrippen.

**Art. 15** - Als annehmbare Personalkosten gemäß Artikel 1 § 4 des Erlasses der Regierung Nr. 4 vom 30. April 2020 zur Einführung einer Zuschussgarantie und einer Liquiditätssteigerung für Zuschussempfänger in Ausführung von Artikel 5.1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 gelten im Falle einer angeordneten Schließung der Betreuungseinrichtung und im Falle einer angeordneten Quarantäne einzelner Personalmitglieder sowohl die Lohnfortzahlung als auch die Ausgleichszahlung zur Arbeitslosenentschädigung bis zur Höhe des Lohnes. Ausgenommen ist der Teil der Personalkosten der Beschäftigten, die aufgrund einer ärztlichen Krankschreibung abwesend sind.

**Art. 16** - Die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährt den anerkannten Zentren für Kinderbetreuung einen Zuschuss zur vollständigen Abdeckung der belegbaren Anschaffungskosten zur Umsetzung der erforderlichen Hygienemaßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus (COVID-19).

**Art. 17** - Die selbstständigen Tagesmütter erhalten die in Artikel 30 des Erlasses vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter vorgesehene Unkostenentschädigung ungeachtet der Teilnahme an den Weiterbildungen.

**Art. 18** - Der Minister gewährt auf Antrag die im vorliegenden Erlass genannten Zuschüsse nach vorheriger Prüfung durch den Fachbereich. Die Anträge auf Bezuschussung werden bei dem Fachbereich mit den gegebenenfalls erforderlichen Belegen eingereicht.

#### KAPITEL 4 — *Schlussbestimmungen*

**Art. 19** - Der Erlass der Regierung vom 9. April 2020 zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich der Kinderbetreuung, abgeändert durch den Erlass vom 9. Juli 2020, ist aufgehoben.

**Art. 20** - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung zum 1. Oktober 2020 in Kraft und endet am 31. Dezember 2020.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Ministerin die Wirkung des vorliegenden Erlasses oder einzelner Bestimmungen jeweils bis zum 28. Februar 2021 verlängern.

**Art. 21** - Der für die Kinderbetreuung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 23. Dezember 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH  
Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung  
L. KLINKENBERG

#### TRADUCTION

#### MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2021/200308]

#### 23 DECEMBRE 2020. — Arrêté du Gouvernement visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants (III)

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, l'article 12, alinéa 2;

Vu l'arrêté du Gouvernement n° 4 du 30 avril 2020 instaurant une garantie de subventionnement et une augmentation de liquidités pour les bénéficiaires de subventions en application de l'article 5.1 du décret de crise 2020 du 6 avril 2020;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 9 avril 2020 visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 16 décembre 2020;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 17 décembre 2020;

Vu les lois coordonnées sur le Conseil d'État du 12 janvier 1973, l'article 3, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait qu'il faut actuellement agir directement afin de limiter aussi rapidement que possible, pour les structures accueillant des enfants et pour les (co-) accueillants autonomes, les conséquences financières des mesures d'urgence adoptées par l'autorité fédérale en vue de contenir la propagation du coronavirus (COVID-19) ainsi que celles du nombre fortement accru d'enfants et de familles se trouvant en quarantaine; que ces mesures entraînent une diminution significative de la présence d'enfants et, de ce fait, pour les structures d'accueil, une perte de recettes - provenant des participations aux frais - ou de subsides, ce qui peut avoir d'importantes répercussions sur la pérennité financière de ces structures; de sorte que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants;

Après délibération,

Arrête :

#### CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — Dispositions générales

**Article 1<sup>er</sup>.** - Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1<sup>o</sup> mesures « Corona » : les mesures d'urgence adoptées par l'autorité fédérale en vue de contenir la propagation du coronavirus (COVID-19);

2<sup>o</sup> département : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de Famille;

3<sup>o</sup> Ministre : le ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants.

#### CHAPITRE 2. — Indemnité compensatoire de perte de revenus

**Art. 2.** - § 1<sup>er</sup> - Nonobstant toute disposition contraire de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les services d'accueillants d'enfants agréés conformément audit arrêté reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus destinée aux accueillants d'enfants conventionnés affiliés à un service.

Pour chaque accueillant d'enfants conventionné, l'indemnité compensatoire de perte de revenus s'élève au plus à 17,50 euros par jour et par enfant absent un jour de garde réservé d'au moins cinq heures. Les accueillants d'enfants reçoivent :

- 60 % de ce montant pour les jours de garde d'au moins trois heures, mais de moins de cinq heures;

- 40 % de ce montant pour les jours de garde de moins de trois heures.

L'indemnité compensatoire de perte de revenus mentionnée à l'alinéa 2 n'est pas payée aux accueillants d'enfants conventionnés qui cessent leurs activités volontairement ou sur la base d'un certificat médical, à l'exception de la période de quarantaine imposée.

§ 2 - Pour percevoir l'indemnité mentionnée au § 1<sup>er</sup>, les services d'accueillants d'enfants maintiennent tous les accueillants en service de garde et ne recourent à aucun système par lequel ils ne doivent pas, temporairement, indemniser les accueillants d'enfants pendant la période de validité des mesures « Corona ».

Cette condition ne vaut pas lorsque le service d'accueillants peut prouver que l'accueil d'enfants ne peut être poursuivi auprès de l'accueillant d'enfants conventionné pour cas de force majeure.

§ 3 - En introduisant la demande en vue d'obtenir l'indemnité compensatoire de perte de revenus mentionnée au § 1<sup>er</sup>, le service d'accueillants d'enfants ne porte pas en compte, pour la période correspondante, la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation. Si, malgré tout, les personnes chargées de l'éducation ont payé la participation aux frais, le service d'accueillants d'enfants leur rembourse le montant payé.

**Art. 3.** - § 1<sup>er</sup> - Nonobstant toute disposition contraire de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, les accueillants autonomes agréés conformément audit arrêté, qui ne payent aucune cotisation de sécurité sociale, reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus qui s'élève au plus à 19 euros par jour et par enfant absent un jour de garde réservé d'au moins cinq heures. Les accueillants d'enfants reçoivent :

- 60 % de ce montant pour les jours de garde d'au moins trois heures, mais de moins de cinq heures;

- 40 % de ce montant pour les jours de garde de moins de trois heures.

Nonobstant toute disposition contraire du même arrêté, les accueillants autonomes agréés conformément audit arrêté qui exercent cette activité à titre principal et payent des cotisations de sécurité sociale reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus qui s'élève à 80 % de la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation, et ce, par jour et par enfant absent un jour de garde réservé.

§ 2 - Nonobstant toute disposition contraire du même arrêté, les co-accueillants autonomes agréés conformément audit arrêté qui ne payent aucune cotisation de sécurité sociale reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus qui s'élève au plus à 19 euros par jour et par enfant absent un jour de garde réservé d'au moins cinq heures. Les co-accueillants d'enfants reçoivent :

- 60 % de ce montant pour les jours de garde d'au moins trois heures, mais de moins de cinq heures;

- 40 % de ce montant pour les jours de garde de moins de trois heures.

Nonobstant toute disposition contraire du même arrêté, les co-accueillants autonomes agréés conformément audit arrêté qui exercent cette activité à titre principal et payent des cotisations de sécurité sociale reçoivent une indemnité compensatoire de perte de revenus qui s'élève à 90 % de la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation, et ce, par jour et par enfant absent un jour de garde réservé.

§ 3 - L'indemnité compensatoire de perte de revenus mentionnée aux §§ 1<sup>er</sup> et 2 n'est pas payée aux (co-)accueillants d'enfants autonomes qui cessent leurs activités volontairement ou sur la base d'un certificat médical, à l'exception de la période de quarantaine prescrite.

§ 4 - Pour percevoir l'indemnité fixée aux §§ 1<sup>er</sup> et 2, les (co-) accueillants autonomes maintiennent leur prestation et ne recourent à aucun système leur imposant de l'arrêter.

Cette condition ne vaut pas lorsque l'accueillant ou le co-accueillant autonome peut prouver que l'accueil d'enfants ne peut être poursuivi pour cas de force majeure.

§ 5 - En introduisant la demande en vue d'obtenir l'indemnité compensatoire de perte de revenus mentionnée aux § 1<sup>er</sup> et 2, l'accueillant ou le co-accueillant autonome ne porte pas en compte, pour la période correspondante, la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation. Si, malgré tout, les personnes chargées de l'éducation ont payé la participation aux frais, l'accueillant ou le co-accueillant autonome leur rembourse le montant payé.

**Art. 4.** - § 1<sup>er</sup> - Nonobstant toute disposition contraire d'une convention approuvée en vertu de l'article 202 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les maisons d'accueillants d'enfants agréées dans le cadre d'une telle convention reçoivent une indemnité correspondant à la perte de revenus réelle due à l'absence des enfants les journées d'accueil réservées. La perte de revenus est calculée sur la base de la participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation et prévue par la maison d'accueillants d'enfants au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté.

L'indemnité fixée au premier alinéa n'est pas payée à la maison d'accueillants d'enfants lorsque le pouvoir organisateur cesse volontairement ses activités, à l'exception de la période de quarantaine ou de fermeture prescrite.

§ 2 - Pour percevoir l'indemnité fixée au § 1<sup>er</sup>, les maisons d'accueillants d'enfants maintiennent leur prestation et ne recourent à aucun système leur imposant de l'arrêter.

Cette condition ne vaut pas lorsque le pouvoir organisateur peut prouver que l'accueil d'enfants ne peut être poursuivi pour cas de force majeure.

§ 3 - En introduisant la demande en vue d'obtenir l'indemnité compensatoire de perte de revenus mentionnée au § 1<sup>er</sup>, les maisons d'accueillants d'enfants ne portent pas en compte, pour la période correspondante, la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation. Si, malgré tout, les personnes chargées de l'éducation ont payé la participation aux frais, le pouvoir organisateur leur rembourse le montant payé.

**Art. 5.** - La demande pour les indemnités compensatoires de perte de revenus mentionnées aux articles 2 à 4 est introduite auprès du département au plus tard six mois après la fin des mesures « Corona » et mentionne :

1° l'identité du demandeur et son numéro de compte;

2° le nombre de jours d'absence et leur durée;

3° la participation aux frais contractuelle supportée par les personnes chargées de l'éducation, en ce qui concerne l'indemnité prévue à l'article 3, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, et § 2, alinéa 2;

4° le montant des revenus non perçus en raison du nombre d'enfants absents, en ce qui concerne l'indemnité prévue à l'article 4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>.

Le Ministre statue sur la demande en se basant sur l'avis remis par le département.

#### CHAPITRE 3. — *Mesures diverses*

**Art. 6.** - Nonobstant les articles 62, 88, 92, 110 et 115 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les services d'accueil d'enfants engagent des gardes d'enfants ainsi que du personnel sociopédagogique spécialisé selon les besoins effectifs en termes d'accueil.

Afin d'appuyer le personnel d'accueil au sein des crèches, des lieux d'accueil extrascolaire ainsi que des lieux d'accueil pendant les vacances, les centres d'accueil agréés peuvent engager des étudiants dans le cadre d'un contrat d'occupation d'étudiant; ces étudiants seront placés sous la surveillance dudit personnel d'accueil qualifié.

**Art. 7.** - Les normes minimales relatives aux heures d'ouverture et aux jours de travail par année calendrier mentionnées aux articles 64, 89 et 111 du même arrêté ne s'appliquent pas aux prestataires d'accueil d'enfants agréés.

**Art. 8.** - Pour l'application de l'article 71 du même arrêté, les enfants absents en raison d'une quarantaine prescrite sont considérés comme étant présents pour calculer les normes minimales relatives aux journées d'accueil pour les jeunes enfants ainsi que pour calculer l'occupation minimale.

Pour l'application des articles 72 à 74, 91 à 93 et 116.1 du même arrêté, les enfants absents en raison d'une quarantaine prescrite sont considérés comme étant présents pour calculer les journées d'accueil conformément au plan d'accueil prévu dans le contrat d'accueil.

Pour l'application des articles 114, § 1<sup>er</sup>, 2°, 155, alinéa 4, ainsi que 193 du même arrêté, les enfants absents en raison d'une quarantaine prescrite sont considérés comme étant présents pour calculer la présence minimale moyenne.

**Art. 9.** - Les centres d'accueil agréés obtiennent le forfait annuel fixé à l'article 76, § 2, du même arrêté et le paient aux accueillants d'enfants conventionnés, comme ce qui est prévu à l'article 137 du même arrêté, indépendamment de l'organisation et de la participation à des formations continues.

**Art. 10.** - Nonobstant les articles 81, § 1<sup>er</sup>, et 98 du même arrêté, le droit de réservation n'est pas retenu si les personnes chargées de l'éducation ne confient pas leur enfant à un service d'accueil conformément au contrat, et ce, en raison des mesures « Corona » ou parce que l'enfant se trouve en quarantaine imposée.

**Art. 11.** - Nonobstant les articles 85 et 98 du même arrêté, les jours pendant lesquels les enfants n'ont pas été confiés à un service d'accueil en raison d'une quarantaine imposée sont considérés comme étant des absences conformément à l'horaire d'accueil prévu dans le contrat d'accueil.

**Art. 12.** - Nonobstant l'article 117 du même arrêté, la Communauté germanophone prend en charge la totalité de l'éventuel déficit subi par les lieux d'accueil extrascolaire en raison des mesures « Corona ».

**Art. 13.** - Pour l'application de l'article 123, § 1<sup>er</sup>, 3°, du même arrêté, les enfants absents en raison d'une quarantaine imposée sont considérés comme étant présents pour calculer l'occupation minimale des accueillants d'enfants conventionnés.

**Art. 14.** - Nonobstant l'article 159 du même arrêté, la Communauté germanophone octroie aux centres d'accueil agréés une subvention :

1° destinée à compenser intégralement la perte de recettes enregistrée au niveau de la participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation dans les services d'accueillants d'enfants, les crèches ainsi que les lieux d'accueil extrascolaire, si cette perte est due aux mesures « Corona » et justifiable;

2° destinée à compenser intégralement la perte de recettes enregistrée au niveau de la participation aux frais supportée par les communes dans les services d'accueillants d'enfants et les crèches, si cette perte est due aux mesures « Corona » et justifiable.

**Art. 15.** - En cas de fermeture imposée de la structure d'accueil ou de quarantaine imposée à des membres du personnel, tant le maintien du salaire que le paiement d'un complément à l'allocation de chômage jusqu'au montant du salaire sont considérés comme frais admissibles relatifs au personnel, conformément à l'article 1<sup>er</sup>, § 4, de l'arrêté du Gouvernement n° 4 du 30 avril 2020 instaurant une garantie de subventionnement et une augmentation de liquidités pour les bénéficiaires de subventions en application de l'article 5.1 du décret de crise 2020 du 6 avril 2020. En est toutefois exclue la part des frais de personnel des personnes occupées qui sont absentes sous le couvert d'un certificat médical.

**Art. 16.** - La Communauté germanophone octroie aux centres d'accueil agréés une subvention pour couvrir complètement les frais d'achat justifiables engagés pour la mise en œuvre des mesures d'hygiène nécessaires à la lutte contre la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID 19).

**Art. 17.** - Les accueillants autonomes obtiennent l'indemnisation forfaitaire prévue à l'article 30 de l'arrêté du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, indépendamment de leur participation à des formations continues.

**Art. 18.** - Sur demande, le Ministre octroie les subventions énumérées dans le présent arrêté après un examen préalable par le département. Les demandes de subsides sont introduites auprès du département avec les justificatifs éventuellement requis.

#### CHAPITRE 4. — Dispositions finales

**Art. 19.** - L'arrêté du Gouvernement du 9 avril 2020 visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants, modifié par l'arrêté du 9 juillet 2020, est abrogé.

**Art. 20.** - Le présent arrêté produit ses effets le 1<sup>er</sup> octobre 2020 et cesse d'être en vigueur le 31 décembre 2020.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le Ministre peut prolonger jusqu'au 28 février 2021 la validité du présent arrêté ou de certaines de ses dispositions.

**Art. 21.** - Le Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 23 décembre 2020.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances  
O. PAASCH  
La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique  
L. KLINKENBERG

#### VERTALING

#### MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/200308]

#### 23 DECEMBER 2020. — Besluit van de Regering tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang (III)

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 12, tweede lid;

Gelet op het besluit van de Regering nr. 4 van 30 april 2020 tot invoering van een subsidiegarantie en een liquiditeitsverhoging voor subsidieontvangers ter uitvoering van artikel 5.1 van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020, artikel 1, § 4;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders;

Gelet op het besluit van de Regering van 9 april 2020 tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 16 december 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 17 december 2020;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gerechtvaardigd door het feit dat er momenteel onmiddellijk ingegrepen moet worden om zo snel mogelijk paal en perk te stellen aan de financiële gevolgen die voor de kinderopvangstructuren en zelfstandige (mede-)onthaalouders ontstaan door de federale dringende maatregelen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) in te dijken en door het sterk stijgende aantal kinderen en gezinnen die in quarantaine moeten blijven; dat deze maatregelen tot een aanzienlijke daling van de aanwezigheid van kinderen leiden, met als gevolg dat de opvangstructuren inkomsten uit kostenbijdragen verliezen of minder subsidies ontvangen, wat een aanzienlijke financiële impact kan hebben op het voortbestaan van deze structuren; dat dit besluit dus zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Op de voordracht van de minister die bevoegd is voor de kinderopvang;

Na beraadslaging,

Besluit :

#### HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

**Artikel 1.** - Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1° coronamaatregelen: de dringende maatregelen die de federale overheid heeft genomen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) te beperken;

2° departement: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Gezin;

3° Minister: de minister die bevoegd is voor de kinderopvang.

#### HOOFDSTUK 2. — *Compensatie voor inkomensverlies*

**Art. 2.** - § 1 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang ontvangen de diensten voor onthaalouders die overeenkomstig datzelfde besluit erkend zijn, een compensatie voor inkomensverlies die bestemd is voor de onthaalouders die bij de dienst aangesloten zijn.

De compensatie voor inkomensverlies bedraagt voor elke aangesloten onthaalouder hoogstens 17,50 euro per dag per kind per afwezigheidsdag op een gereserveerde opvangdag die minstens vijf uur duurt. De onthaalouders ontvangen :

- 60 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan vijf uur en minstens drie uur duren;

- 40 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan drie uur duren.

De compensatie voor inkomensverlies bepaald in het tweede lid wordt niet betaald aan aangesloten onthaalouders die hun activiteit vrijwillig of op basis van een door een arts uitgereikt ziekteattest stopzetten, behalve als het gaat om een periode van opgelegde quarantaine.

§ 2 - Om de in § 1 bepaalde compensatie te ontvangen, houden de diensten voor onthaalouders alle onthaalouders actief en activeren ze geen enkel systeem waarbij hun medewerkers tijdelijk niet vergoed hoeven te worden tijdens de periode dat de coronamaatregelen gelden.

Die voorwaarde is niet van toepassing als de dienst voor onthaalouders kan aantonen dat de aangesloten onthaalouder zijn kinderopvang door overmacht niet kan voortzetten.

§ 3 - Op basis van de aanvraag om de in § 1 vermelde compensatie voor inkomensverlies te krijgen, stelt de dienst voor onthaalouders de bij overeenkomst vastgelegde kostenbijdrage voor die periode niet in rekening van de personen belast met de opvoeding. Als de kostenbijdrage toch betaald werd door de personen belast met de opvoeding, dan betaalt de dienst voor onthaalouders het betaalde bedrag aan hen terug.

**Art. 3.** - § 1 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders ontvangen de zelfstandige onthaalouders die overeenkomstig datzelfde besluit erkend zijn en die geen socialezekerheidsbijdragen betalen, een compensatie voor inkomensverlies van hoogstens 19 euro per dag per kind per afwezigheidsdag op een gereserveerde opvangdag die minstens vijf uur duurt. De onthaalouders ontvangen :

- 60 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan vijf uur en minstens drie uur duren;

- 40 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan drie uur duren.

Ongeacht alle andersluidende bepalingen van hetzelfde besluit ontvangen de zelfstandige onthaalouders die overeenkomstig hetzelfde besluit erkend zijn, die activiteit in hoofdberoep uitoefenen en socialezekerheidsbijdragen betalen, een compensatie voor inkomensverlies ten belope van 80 % van de bij overeenkomst vastgelegde kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding per dag per kind per afwezigheidsdag op een gereserveerde opvangdag.

§ 2 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen van hetzelfde besluit ontvangen de zelfstandige mede-onthaalouders die overeenkomstig datzelfde besluit erkend zijn en die geen socialezekerheidsbijdragen betalen, een compensatie voor inkomensverlies van hoogstens 19 euro per dag per kind per afwezigheidsdag op een gereserveerde opvangdag die minstens vijf uur duurt. De mede-onthaalouders ontvangen:

- 60 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan vijf uur en minstens drie uur duren;

- 40 % van dat bedrag voor opvangdagen die minder dan drie uur duren.

Ongeacht alle andersluidende bepalingen van hetzelfde besluit ontvangen de zelfstandige mede-onthaalouders die overeenkomstig hetzelfde besluit erkend zijn, die activiteit in hoofdberoep uitoefenen en socialezekerheidsbijdragen betalen, een compensatie voor inkomensverlies ten belope van 90 % van de bij overeenkomst vastgelegde kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding per dag per kind per afwezigheidsdag op een gereserveerde opvangdag.

§ 3 - De compensatie voor inkomensverlies bepaald in de § § 1 en 2 wordt niet betaald aan de zelfstandige mede-onthaalouders die hun activiteit vrijwillig of op basis van een door een arts uitgereikt ziekteattest stopzetten, behalve als het gaat om een periode van opgelegde quarantaine.

§ 4 - Om de compensatie bepaald in de § § 1 en 2 te ontvangen, zijn de zelfstandige mede-onthaalouders beschikbaar om hun dienstverlening voort te zetten en activeren ze geen systeem waarbij ze hun dienstverlening moeten stopzetten.

Die voorwaarde is niet van toepassing als de zelfstandige (mede-)onthaalouder kan aantonen dat hij de kinderopvang door overmacht niet kan voortzetten.

§ 5 - Op basis van de aanvraag om de in de § § 1 en 2 vermelde compensatie voor inkomensverlies te krijgen, stellen de zelfstandige (mede-)onthaalouders de bij overeenkomst vastgelegde kostenbijdrage voor die periode niet in rekening van de personen belast met de opvoeding. Als de kostenbijdrage toch betaald werd door de personen belast met de opvoeding, dan betaalt de zelfstandige (mede-)onthaalouder het betaalde bedrag aan hen terug.

**Art. 4. - § 1 -** Ongeacht alle andersluidende bepalingen van een overeenkomst die werd goedgekeurd krachtens artikel 202 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang ontvangen de onthaalouderhuizen die in het kader van een dergelijke overeenkomst erkend zijn, een compensatie die overeenstemt met het werkelijke inkomensverlies naar aanleiding van de afwezigheid van de kinderen op de gereserveerde opvangdagen. Het inkomensverlies wordt berekend op basis van de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding die het onthaalouderhuis voorziet op de datum van inwerkingtreding van dit besluit.

De compensatie bepaald in het eerste lid wordt niet betaald aan het onthaalouderhuis, als de organiserende instantie de activiteit van het onthaalouderhuis vrijwillig stopzet, behalve als het gaat om een periode van opgelegde quarantaine of opgelegde sluiting.

§ 2 - Om de compensatie bepaald in § 1 te ontvangen, zijn de onthaalouderhuizen beschikbaar om hun dienstverlening voort te zetten en activeren ze geen systeem waarbij ze hun dienstverlening moeten stopzetten.

Die voorwaarde is niet van toepassing als de organiserende instantie kan aantonen dat de kinderopvang door overmacht niet kan worden voortgezet.

§ 3 - Op basis van de aanvraag om de in § 1 vermelde compensatie voor inkomensverlies te krijgen, stellen de onthaalouderhuizen de bij overeenkomst vastgelegde kostenbijdrage voor die periode niet in rekening van de personen belast met de opvoeding. Als de kostenbijdrage toch betaald werd door de personen belast met de opvoeding, dan betaalt de organiserende instantie het betaalde bedrag aan hen terug.

**Art. 5. -** De aanvraag voor de compensaties voor inkomensverlies bepaald in de artikelen 2 tot 4 wordt uiterlijk zes maanden na afloop van de coronamaatregelen ingediend bij het departement met vermelding van de volgende gegevens :

1° de identiteit en het rekeningnummer van de aanvrager;

2° het aantal en de duur van de afwezigheidsdagen;

3° de bij overeenkomst vastgelegde kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding voor het verkrijgen van de compensatie bepaald in artikel 3, § 1, tweede lid, en § 2, tweede lid;

4° het bedrag van de daling van de inkomsten die door het aantal afwezige kinderen is ontstaan voor het verkrijgen van de compensatie bepaald in artikel 4, § 1, eerste lid.

De Minister beslist over de aanvraag op basis van een standpuntbepaling van het departement.

#### HOOFDSTUK 3. — *Diverse maatregelen*

**Art. 6. -** Ongeacht de artikelen 62, 88, 92, 110 en 115 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang zetten de diensten voor kinderopvang de kinderbegeleiders en het sociaal-pedagogisch geschoold personeel in op basis van de werkelijke opvangbehoefte.

Ter ondersteuning van het begeleidend personeel in de crèches, locaties voor buitenschoolse opvang en vakantieopvang kunnen de erkende centra voor kinderopvang studenten aannemen in het kader van een studentenovereenkomst, onder toezicht van het opgeleide begeleidend personeel.

**Art. 7. -** De minimumvoorwaarden voor de openingstijden en werkdagen per kalenderjaar die worden vermeld in de artikelen 64, 89 en 111 van hetzelfde besluit gelden niet voor de erkende dienstverrichters die kinderopvang aanbieden.

**Art. 8. -** Voor de toepassing van artikel 71 van hetzelfde besluit worden de kinderen die wegens een opgelegde quarantaine afwezig zijn als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van het minimale aantal opvangdagen voor baby's en peuters, alsook voor de berekening van de minimale bezettingsgraad.

Voor de toepassing van de artikelen 72 tot 74, van de artikelen 91 tot 93 en van artikel 116.1 van hetzelfde besluit worden de kinderen die wegens een opgelegde quarantaine afwezig zijn als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van de opvangdagen overeenkomstig het opvangplan vastgelegd in het opvangcontract.

Voor de toepassing van artikel 114, § 1, 2°, van artikel 155, vierde lid, en van artikel 193 van hetzelfde besluit worden de kinderen die wegens een opgelegde quarantaine afwezig zijn als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van de gemiddelde minimumaanwezigheid.

**Art. 9. -** De erkende centra voor kinderopvang ontvangen de jaarlijkse forfaitaire bedragen bepaald in artikel 76, § 2, van hetzelfde besluit en betalen die bedragen aan de aangesloten onthaalouders, zoals bepaald in artikel 137 van hetzelfde besluit, ongeacht of voortgezette opleidingen werden georganiseerd of daaraan werd deelgenomen.

**Art. 10. -** Ongeacht artikel 81, § 1, en artikel 98 van hetzelfde besluit wordt geen reservatiegeld ingehouden als de personen belast met de opvoeding hun kind niet zoals overeengekomen naar de opvang brengen op grond van de coronamaatregelen of omdat hun kind zich in een opgelegde quarantaine bevindt.

**Art. 11. -** Ongeacht artikel 85 en artikel 98 van hetzelfde besluit worden de dagen waarop een kind wegens een opgelegde quarantaine niet opgevangen werd, beschouwd als aanwezigheid overeenkomstig het opvangrooster vastgelegd in het opvangcontract.

**Art. 12. -** Ongeacht artikel 117 van hetzelfde besluit neemt de Duitstalige Gemeenschap het tekort dat eventueel bij de locaties voor buitenschoolse opvang zou ontstaan door de coronamaatregelen volledig voor haar rekening.

**Art. 13. -** Voor de toepassing van artikel 123, § 1, 3°, van hetzelfde besluit worden de kinderen die wegens een opgelegde quarantaine afwezig zijn als aanwezige kinderen beschouwd voor de berekening van de minimale bezettingsgraad bij de aangesloten onthaalouders.

**Art. 14. -** Ongeacht artikel 159 van hetzelfde besluit kent de Duitstalige Gemeenschap aan de erkende centra voor kinderopvang een subsidie toe :

1° ter volledige compensatie van het bewijsbare en door de coronamaatregelen veroorzaakte verlies aan inkomsten uit de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding in de dienst voor onthaalouders, in de crèches en in de locaties voor buitenschoolse opvang;

2° ter volledige compensatie van het bewijsbare en door de coronamaatregelen veroorzaakte verlies aan inkomsten uit de kostenbijdrage van de gemeenten in de dienst voor onthaalouders en in de crèches.



**Art. 15.** - In geval van een opgelegde sluiting van de opvangvoorziening en in geval van een opgelegde quarantaine van personeelsleden worden zowel de doorbetaling van de lonen als de uitbetaling van de aanvulling bovenop de werkloosheidsuitkering tot het bedrag van het loon beschouwd als aanneembare personeelskosten overeenkomstig artikel 1, § 4, van het besluit van de Regering nr. 4 van 30 april 2020 tot invoering van een subsidiegarantie en een liquiditeitsverhoging voor subsidieontvangers ter uitvoering van artikel 5.1 van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020. Uitgesloten daarvan zijn de personeelskosten van de werknemers die afwezig zijn op basis van een door een arts uitgereikt ziekteattest.

**Art. 16.** - De Duitstalige Gemeenschap kent aan de erkende centra voor kinderopvang een subsidie toe om alle bewijsbare aanschaffingskosten te dekken die voortvloeien uit de uitvoering van de hygiënemaatregelen die vereist worden om het coronavirus (COVID-19) in te dijken.

**Art. 17.** - De zelfstandige onthaalouders ontvangen de kostenvergoeding bepaald in artikel 30 van het besluit van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders, ongeacht of ze aan de voortgezette opleidingen hebben deelgenomen.

**Art. 18.** - De Minister kent de subsidies vermeld in dit besluit toe op aanvraag, na voorafgaand onderzoek door het departement. De subsidieaanvragen worden bij het departement ingediend, samen met de eventueel vereiste bewijzen.

#### HOOFDSTUK 4. — Slotbepalingen

**Art. 19.** - Het besluit van de Regering van 9 april 2020 tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang, gewijzigd bij het besluit van 9 juli 2020, wordt opgeheven.

**Art. 20.** - Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 oktober 2020 en geldt tot 31 december 2020.

In afwijking van het eerste lid kan de Minister de uitwerking van dit besluit of afzonderlijke bepalingen ervan telkens verlengen tot en met 28 februari 2021.

**Art. 21.** - De minister die bevoegd is voor de kinderopvang is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 december 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

L. KLINKENBERG

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

### SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2021/200281]

**16 DECEMBRE 2020. — Arrêté du Gouvernement wallon insérant, dans le Code réglementaire wallon de l'Action sociale et de la Santé, des dispositions relatives aux plates-formes de concertation en matière de soins palliatifs, à leur fédération et aux équipes de soutien multidisciplinaires**

Le Gouvernement wallon,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, telle que modifiée, article 20;

Vu le Code wallon de l'action sociale et de la santé, les articles 491/4, § 1<sup>er</sup>, 7<sup>o</sup>, et § 2, 491/14, 491/17, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, c), 491/18, 491/19, 491/21, § 2, 491/23, alinéa 4, 491/25, alinéa 3, et 491/26, insérés par le décret du 2 mai 2019;

Vu l'arrêté royal du 19 juin 1997 fixant les normes auxquelles une association en matière de soins palliatifs doit répondre pour être agréée;

Vu l'arrêté royal du 19 juin 1997 rendant certaines dispositions de la loi sur les hôpitaux, coordonnée le 7 août 1987, applicables aux associations entre établissements de soins et services en matière de soins palliatifs;

Vu le Code réglementaire wallon de l'Action sociale et de la Santé;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 13 juillet 2020;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 16 juillet 2020;

Vu la décision du 27 mai 2019 de l'organe de concertation intra-francophone;

Vu le rapport du 26 juin 2018 établi conformément à l'article 4, 2<sup>o</sup>, du décret du 3 mars 2016 visant à la mise en œuvre des résolutions de la Conférence des Nations unies sur les femmes à Pékin de septembre 1995 et intégrant la dimension du genre dans l'ensemble des politiques régionales, pour les matières réglées en vertu de l'article 138 de la Constitution;

Vu l'avis 67.866/2/V du Conseil d'Etat donné le 3 septembre 2020 en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant l'avis de la Commission wallonne des Aînés, donné le 25 avril 2019;

Sur la proposition de la Ministre de la Santé;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** Le présent arrêté règle, en application de l'article 138 de la Constitution, une matière visée à l'article 128 de celle-ci.